

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/023(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 16.09.2010	Ratssaal	14:00Uhr	20:50Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 22.(V) Sitzung des Stadtrates am 19.08.10
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

- 5 Aktuelle Debatte zum Thema "Folgen der Verzögerungen beim Tunnelprojekt"
Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 6.1 Neues Klimaschutzprogramm DS0118/10
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.1.1 Neues Klimaschutzprogramm DS0118/10/1
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- 6.2 Winterdienstkonzept 2010/2011 der Landeshauptstadt Magdeburg DS0339/10
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.2.1 Winterdienstkonzept 2010/2011 der Landeshauptstadt Magdeburg DS0339/10/1
Ausschuss KRB
- 6.3 Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Unterhaltung und Organisation der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Magdeburg (Feuerwehrsatzung) DS0275/10
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.3.1 Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Unterhaltung und Organisation der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Magdeburg (Feuerwehrsatzung) DS0275/10/1
Oberbürgermeister
- 6.4 4. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Magdeburg DS0285/10
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.5 Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB GmbH) - Gründung marego DS0190/10
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 6.5.1 Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB GmbH) - Gründung marego DS0190/10/2
Fraktion DIE LINKE

- | | | |
|-------|--|-------------------|
| 6.5.2 | Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB GmbH) - Gründung marego | DS0190/10/
3 |
| 6.5.3 | Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB GmbH) - Gründung marego

Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | DS0190/10/
3/1 |
| 6.6 | Jahresabschluss 2009 der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice
Magdeburg mbH

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0320/10 |
| 6.7 | Jahresabschluss der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger
Weihnachtsmärkte mbH zum 31.03.2010

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0321/10 |
| 6.8 | ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gGmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2009

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0323/10 |
| 6.9 | Jahresabschluss 2009 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für
Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB)

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0334/10 |
| 6.10 | Jahresabschluss 2009 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH
(NKE)

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0335/10 |
| 6.11 | Jahresabschluss 2009 der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft
Magdeburg GmbH (MVGGM)

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0336/10 |
| 6.12 | Jahresabschluss 2009 der Magdeburg Marketing, Kongress und
Tourismus GmbH (MMKT)

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0338/10 |
| 6.13 | Jahresabschluss 2009 der GISE-Gesellschaft für Innovation,
Sanierung und Entsorgung mbH (GISE mbH)

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0343/10 |
| 6.14 | Jahresabschluss 2009 der Zentrum für Neurowissenschaftliche
Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen | DS0344/10 |

6.15	Namensgebung einer Schule BE: Bürgermeister	DS0309/10
6.16	Nutzungsaufgabe des Jugendtreffpunktes in Selbstverwaltung "Reformer" Grundstück Otto-Baer-Straße 85 BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0188/10
6.17	Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg als zugelassener kommunaler Träger (zKT) in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 6a SGB II BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0384/10
6.17.1	Beantwortung der Fragen zur DS0384/10	T0143/10
6.18	Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0087/10
6.18.1	Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" Fraktion Bündnis90/Die Grünen	DS0087/10/ 1
6.18.2	Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" Fraktion CDU/BfM	DS0087/10/ 2
6.19	Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Städtebauförderprogramms "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" (ASO) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0088/10
6.19.1	Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Städtebauförderprogramms "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" (ASO) Ausschuss StBV	DS0088/10/ 1

- | | | |
|----------|---|-------------------|
| 6.19.1.1 | Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Städtebauförderprogramms "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" (ASO)

Fraktion CDU/BfM | DS0088/10/
1/1 |
| 6.19.2 | Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Städtebauförderprogramms "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" (ASO)

Fraktion Bündnis90/Die Grünen | DS0088/10/
2 |
| 6.20 | Einleitung Satzungsverfahren und Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 237-4.1 "Kavalier VI Maybachstraße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0092/10 |
| 6.20.1 | Einleitung Satzungsverfahren und Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 237-4.1 "Kavalier VI Maybachstraße"

Fraktion Bündnis90/Die Grünen | DS0092/10/
1 |
| 6.21 | Errichtung der Südwest-Rampe an der Brenneckestraße im Zuge des Magdeburger Ringes

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0171/10 |
| 6.22 | Behandlung der Stellungnahmen zur Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 301-4.1 "Nahrstedter Weg"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0199/10 |
| 6.23 | Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 301-4.1 "Nahrstedter Weg"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0200/10 |
| 6.24 | Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 225-1 "Weizengrund, Westseite"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0211/10 |
| 6.25 | Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 225-4.1 "Weizengrund 48"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0212/10 |

6.26	Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 432-2.1 "Lindenhof" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0243/10
6.27	2. Änderung der Parkgebührenordnung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0252/10
6.28	Widmung eines Teilstücks der Straße "Sonnenallee" im Wohngebiet Hansapark BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0253/10
6.29	Widmung eines Teilstücks der Straße "Grillenstieg" im B-Plan-Gebiet 431-1 B "Ottersleber Chaussee/ Am Hopfengarten - Teilbereich B" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0255/10
6.30	Aufstellung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 258-2 "Heumarkt" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0288/10
7	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
7.1	Magdeburg - Sozialticket Fraktion DIE LINKE WV v. 25.02.2010	A0134/09
7.1.1	Magdeburg - Sozialticket	S0285/09
7.2	Reformationsjubiläum für Auslandskontakt nutzen FDP-Fraktion WV: v. 25.03.10	A0041/10
7.2.1	Reformationsjubiläum für Auslandskontakt nutzen	S0078/10
7.3	Verlinkung des Internetangebotes der Stadt auf den Homepages hiesiger Unternehmen Fraktion CDU/BfM WV: v. 22.04.10	A0054/10
7.3.1	Verlinkung des Internetangebotes der Stadt auf den Homepages hiesiger Unternehmen	S0140/10

7.4	Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV: v. 22.04.10	A0056/10
7.4.1	Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus Ausschuss KRB	A0056/10/1
7.4.2	Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus Jugendhilfeausschuss	A0056/10/2
7.4.3	Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus	S0104/10
7.5	Hundeführerschein FDP-Fraktion WV: v. 22.04.10	A0059/10
7.5.1	Hundeführerschein	S0112/10
7.6	Gläserne Blume Kulturausschuss WV: v. 22.04.10	A0061/10
7.6.1	Gläserne Blume Kulturausschuss	A0061/10/1
7.6.2	Gläserne Blume FDP-Fraktion	A0061/10/2
7.6.3	Gläserne Blume Kulturausschuss	A0061/10/3
7.6.4	Gläserne Blume	S0100/10
7.7	Aufwertung der Nordfassade am Marietta-Block Fraktion DIE LINKE WV: v. 22.04.10	A0062/10

7.7.1	Aufwertung der Nordfassade am Marietta-Block	S0129/10
7.8	Künstlerische Gestaltung im Rahmen der Gesamtmaßnahme Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Fraktion CDU/BfM WV: v. 27.05.10	A0066/10
7.8.1	Künstlerische Gestaltung im Rahmen der Gesamtmaßnahme Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee	S0165/10
7.9	Graffiti-Wettbewerb in Kooperation mit Partnern zu stadtteilspezifischen Motiven FDP-Fraktion WV: v. 27.05.10	A0067/10
7.9.1	Graffiti-Wettbewerb in Kooperation mit Partnern zu stadtteilspezifischen Motiven	S0142/10
7.10	Öffnung des Schulparkplatzes BbS "Otto Schlein" Fraktion DIE LINKE WV: v. 27.05.10	A0072/10
7.10.1	Öffnung des Schulparkplatzes BbS "Otto Schlein"	S0153/10
7.11	(Ersatz-)Baumpflanzungen in der Halberstädter Straße Fraktion DIE LINKE WV: v. 27.05.10	A0074/10
7.11.1	(Ersatz-)Baumpflanzungen in der Halberstädter Straße Fraktion DIE LINKE	A0074/10/1
7.11.2	(Ersatz-)Baumpflanzungen in der Halberstädter Straße	S0185/10
7.12	Werbung für die Bedeutung Magdeburgs für das Reformationsjubiläum Interfraktionell WV: v. 27.05.10	A0076/10

7.12.1	Werbung für die Bedeutung Magdeburgs für das Reformationsjubiläum	S0147/10
7.13	Transparente Lebensmittelkontrollen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV: . 27.05.10	A0077/10
7.13.1	Transparente Lebensmittelkontrollen	S0168/10
7.14	Barrierefreie Erschließung des städtischen Verwaltungsgebäudes "Altmark Arkaden" Fraktion DIE LINKE WV: v. 27.05.10	A0078/10
7.14.1	Barrierefreie Erschließung des städtischen Verwaltungsgebäudes "Altmark Arkaden" Fraktion CDU/BfM	A0078/10/1
7.14.2	Barrierefreie Erschließung des städtischen Verwaltungsgebäudes "Altmark Arkaden"	S0154/10
7.15	Ferienangebote für Kinder und Jugendliche Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV: v. 24.06.10	A0085/10
7.15.1	Ferienangebote für Kinder und Jugendliche Gesundheits- und Sozialausschuss	A0085/10/1
7.15.2	Ferienangebote für Kinder und Jugendliche	S0179/10
7.16	Neugestaltung der Elbpegelanzeige Strombrücke am Petriförder Fraktion CDU/BfM WV: v. 24.06.10	A0090/10
7.16.1	Neugestaltung der Elbpegelanzeige Strombrücke am Petriförder	S0190/10

7.17	Realisierung eines Internet-Zugangs für eine Webseite des Tierheims Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV: v. 24.06.10	A0093/10
7.17.1	Realisierung eines Internet-Zugangs für eine Webseite des Tierheims Gesundheits- und Sozialausschuss	A0093/10/1
7.17.2	Realisierung eines Internet-Zugangs für eine Webseite des Tierheims	S0192/10
	Neuanträge	
7.18	Carsharing Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0120/10
7.19	Leerstandsmanagement aufbauen FDP-Fraktion	A0116/10
7.20	Aufstellung von Abfallbehältern an der Sternbrücke FDP-Fraktion	A0118/10
7.21	Denkmalbeirat Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0121/10
7.22	Adelheid-Plakette für soziales Engagement Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0125/10
7.23	Magdeburger Tierheimfest Fraktion CDU/BfM	A0124/10
7.23.1	Magdeburger Tierheimfest Fraktion DIE LINKE	A0124/10/1
7.24	Straßenbahntrasse in der Raiffeisenstraße/Warschauer Straße Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0122/10
7.25	Verbesserung der Stechmückenbekämpfung Fraktion CDU/BfM	A0123/10

7.26	Fundamentfreilegung Ulrichskirche Interfraktionell	A0119/10
7.26.1	Fundamentfreilegung Ulrichskirche Fraktion DIE LINKE	A0119/10/1
7.27	Bürgerforum zu politischen Schwerpunkten aus der Sicht des Oberbürgermeisters FDP-Fraktion	A0115/10
7.28	Sporterlebnistag FDP-Fraktion	A0117/10
7.29	Revitalisierung der Dornburger Alten Elbe Interfraktionell	A0126/10
7.30	Gestaltung der Marktbreite (Olvenstedt) SR Krause Fraktion DIE LINKE	A0128/10
7.31	Postfiliale Florapark SR Krause Fraktion DIE LINKE	A0129/10
7.31.1	Postfiliale Florapark SR Krause Fraktion DIE LINKE	A0129/10/1
8	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
8.1	Peter Reffert - Bürgerbegehren	
8.2	Dr. Stephan Stuch - Bebauungsplan Lübecker Str. 2 / Insleberstraße	
10	Informationsvorlagen	
10.1	Arbeitsgruppen und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit - 2009	I0134/10

10.2	Geschäftsbericht Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit - 2009	I0136/10
10.3	Auswahlkriterien für das Verfahren zur Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages Strom in den Stadtteilen Randau/Calenberge, Beyendorf und Pechau der Landeshauptstadt Magdeburg	I0155/10
10.4	Bericht über die Arbeit der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland	I0169/10
10.5	RoboCup German Open 2010 - Abschlussbericht	I0174/10
10.6	Wissenschaftssommer 2010, 5. bis 11. Juni 2010 in Magdeburg	I0202/10
10.7	Erhalt des Güterbahnhofs Magdeburg-Rothensee	I0197/10
10.8	Regelmäßige Berichterstattung zur Dachmarkenkampagne Ottostadt	I0209/10
10.9	Korrektur des Ablaufplanes zur Erarbeitung des Haushaltsplanes 2011	I0205/10

Nichtöffentliche Sitzung

11	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung Aufgrund der Aktuellen Debatte werden alle vorliegenden Anfragen ausschließlich schriftlich beantwortet.	
11.1	Autohaus am Damaschkeplatz	F0140/10
11.2	Sachstand Nutzung Alte Staatsbank	F0146/10

- 12 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 12.1 Wiederwahl einer Schiedsperson DS0272/10
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 12.2 Personalangelegenheit DS0349/10
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 12.3 Auftragsvergabe über Winterdienstleistungen auf Fahrbahnen in der DS0311/10
Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 13 Informationsvorlagen
- 13.1 Standortsuche Decathlon I0177/10

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Boeck eröffnet die 23. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll 56 Stadträtinnen/Stadträte

Oberbürgermeister 1

zu Beginn anwesend 39 “ “

maximal anwesend 48 “ “

entschuldigt 9 “ “

In Würdigung des verstorbenen Herrn Hans-Paul-Hermann Schuster, Träger des Ehrenringes der Landeshauptstadt Magdeburg, für sein langjähriges Wirken in der Denkmalpflege und des hervorragenden ehrenamtlichen Engagements für die Landeshauptstadt Magdeburg legt der Stadtrat eine Gedenkminute ein.

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. zurückgezogene TOP

Die TOP 6.17 DS0384/10 – Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg als zugelassener kommunaler Träger (zKT) in der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach § 6a SGB II

6.22 DS0199/10 – Behandlung der Stellungnahmen zur Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 301-4.1 „Nahrstedter Weg“

und

6.23 DS0200/10 – Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 301-4.1 „Nahrstedter Weg“

werden von der Verwaltung von der **heutigen** Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt zieht den TOP 6.13 – A0077/10 bis zur Vorlage der bundesgesetzlichen Regelungen von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

2. Hinweis

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Theile meldet zum TOP 9.8 – I0209/10 Redebedarf an.

Durch die Einfügung des TOP 5 – Durchführung einer Aktuellen Debatte – verschiebt sich die ursprüngliche Nummerierung der Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 1)

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 22.(V) Sitzung des Stadtrates am 19.08.10
-

Redaktionelle Änderung der Fraktion CDU/BfM:

Auf der Seite 11 muss es im 6. Absatz richtig heißen:

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat **Theile**

Auf der Seite 76 soll unter TOP 10.10, 1. Absatz, 4. Zeile ergänzt werden:

.... Bereits restauriert **und damit zur Außenaufstellung geeignet ist.**

Redaktionelle Änderung der Fraktion DIE LINKE

Auf der Seite 19 ist nach dem letzten Satz folgende Ergänzung vorzunehmen:

Er erläutert dabei insbesondere die zwangsläufige Notwendigkeit der Erhöhung des Budgets für den Magdeburg-(Sozial-)Pass, wenn, so wie aktuell der Fall, über die weitere Qualifizierung des Magdeburg-(Sozial-)Passes nachgedacht werde und die Zahl der anspruchsberechtigten Nutzer erhöht werden soll.

Das Beschlussprotokoll der 22. (V) Sitzung des Stadtrates vom 19.08.2010 wird einstimmig **bestätigt.**

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

5. Aktuelle Debatte zum Thema "Folgen der Verzögerungen beim Tunnelprojekt"

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Zum Vorschlag des 1. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Boeck, zu diesem Tagesordnungspunkt keine Redezeitbegrenzung festzulegen, gibt es von Seiten des Stadtrates keinen Widerspruch.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt begründet den Antrag seiner Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Debatte zum Thema „Folgen der Verzögerungen beim Tunnelprojekt“ und gibt die Stellungnahme seiner Fraktion dazu ab.
(Anlage 2)

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Boeck erteilt dem Leiter des Tiefbauamtes Herrn Gebhardt das Rederecht.

Der Leiter des Tiefbauamtes Herr Gebhardt erläutert schwerpunktmäßig die Folgen der Verzögerung beim Tunnelprojekt und geht anhand einer Präsentation auf die Entwicklung der Terminplanung ein. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 3** beigefügt.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidmann erläutert in seinen ergänzenden Ausführungen die vertragsrechtlichen und organisatorischen Fragen. Bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Wähnelt, ob sich die Kostenteilungen verschieben, verweist er darauf, dass bei der Akteneinsicht nachgesehen werden konnte, wie sich dieser Vertrag aufbaut.

Er orientiert sich nicht an tatsächlichen Kosten, sondern das Eisenbahnkreuzungsgesetz sieht vor, dass die Fiktivkosten, die jede Partei gehabt hätte, würde sie ihr Vorhaben jeweils einzeln realisiert haben, als Kostenaufschlüsselung Inhalt der Kreuzungsvereinbarung sind. Diese Ansätze sind nicht verrückbar. Denn die Fiktiventwürfe bleiben bestehen, egal, was tatsächlich gebaut wird. Fiktiv hat jeder Beteiligte einen gewissen Anteil am Kostenschlüssel und nur der ist Inhalt der Kreuzungsvereinbarung.

In seinen weiteren Ausführungen verweist Herr Dr. Scheidmann auf das bestehende wesentliche Problem der zeitlichen Verschiebung: der Abschluss der EFRE-Förderperiode und der Beginn

einer neuen EFRE-Förderperiode. Er merkt an, dass hierzu intensive Gespräche mit verschiedenen Ministerien geführt wurden. Ein Projekt kann auch über verschiedene Förderperioden hinweg durchgeführt werden. Herr Dr. Scheidemann erläutert weiterhin detailliert die Gründe, die zur zeitlichen Verschiebung des Bauprojekts geführt haben. Bezüglich der Ausführungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt merkt er weiterhin an, dass die Stadt Kündigungsmöglichkeiten hat. Die Kreuzungsvereinbarung ist ein öffentlich-rechtlicher Vertrag. Nach § 60 Verwaltungsverfahrensgesetz gibt es die Möglichkeit der Kündigung in besonderen Fällen, wenn die Verhältnisse sich so ändern, dass seit Abschluss des Vertrages eine maßgebliche Änderung des ursprünglichen vertraglichen Inhaltes erfolgt. Dies wird bei dieser zeitlichen Verschiebung nicht gesehen.

Abschließend geht der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann auf die organisatorischen Fragen ein und merkt dabei u. a. an, dass es sich bei diesem Bauvorhaben um eine komplexe Maßnahme handelt, die nicht etwa mit dem Askanischen Tunnel zu vergleichen ist.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 5)**

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 6)**

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 7)**

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 8)**

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht in seinen umfassenden Ausführungen einleitend auf die erst am 07.09.10 stattgefundenen Gespräche mit allen am Projekt Beteiligten ein und informiert darüber, dass die umfassende schriftliche Information an den Stadtrat derzeit erarbeitet wird.

Über das stattgefundenе Gespräch und die Verzögerung der Baumaßnahme um ein Jahr hat er auf Nachfrage die Volksstimme informiert. Er betont, dass dies auch vor dem Hintergrund in der Öffentlichkeit kursierender Spekulationen notwendig war.

Herr Dr. Trümper äußert sich kritisch zu der Auffassung, dass es angeblich als Alternative zum Tunnelbau auch die Option gäbe, einfach nichts zu tun.

Dies bezeichnet er als nach wie vor grundfalsch. Die Alternative, nichts zu tun, gibt es nicht. Zum Tunnelbau gab es alternativ immer nur den Bau der Senke. Beide Varianten kosten Geld. Herr Dr. Trümper geht im Weiteren darauf ein, dass erfahrungsgemäß große Bauvorhaben eine äußerst solide und seriöse Planung benötigen. Fehler in der Planung würden in der Regel zu hohen Kostenaufwachsen in der Bauphase führen.

Er erläutert im Folgenden die aus seiner Sicht fatale Situation der öffentlichen Diskussion großer Bauvorhaben bereits in der Planungsphase. Dies führt regelmäßig dazu, dass kein öffentlicher Bau preiswerter als die Planung wird.

Außerdem weist er darauf hin, dass vorliegend auch der Beschluss des Stadtrates zur Durchführung eines Wettbewerbes zur Gestaltung des Umfeldes der Eisenbahnüberführung Kosten verursacht. Ähnlich wird es sein, wenn der heutige Antrag A0066/10 – Künstlerische

Gestaltung im Rahmen der Gesamtmaßnahme Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee – beschlossen wird.

Bezüglich der in der verlängerten Bauzeit auslaufenden Förderperiode durch das Land erklärt der Oberbürgermeister, diese Problematik mit den zuständigen Landesbehörden zu besprechen.

Im Anschluss kritisiert Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass es bis zum heutigen Tag keine Informationsvorlage zu den Gründen der Verzögerung des Tunnelbaus gibt. Er nimmt weiterhin kritisch zum Projekt „Tunnelbau“ Stellung.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, begrüßt die hier geführte Debatte zum Thema und merkt an, dass er in den Ausführungen des Leiters des Tiefbauamtes Herrn Gebhardt eine richtige Begründung zur Zeitverschiebung des Tunnelbaus vermisst. Er unterstützt die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und stellt fest, dass noch viele Fragen offen sind. Nach weiterer Kritik am Tunnelprojekt bringt er seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass er als Mitglied des Ausschusses für StBV über die Terminverzögerung erst über die Zeitung informiert worden ist und verweist dabei auch auf die kritische Auseinandersetzung im Ausschuss. Er bemängelt, dass auch die Zusage, bis zur Stadtratsitzung informiert zu werden, durch die Verwaltung nicht eingehalten worden ist. Insofern weist er eine durch Stadtrat Hans-Jörg. Schuster geäußerte Kritik an die Ausschussmitglieder zurück. Er vermisst nach wie vor handfeste Begründungen für die Terminverzögerung, die viele Probleme nach sich ziehe. So würde der Damaschkeplatz als westliches Tor für die Innenstadt auch weiterhin ein peinlicher Schandfleck bleiben.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile erinnert daran, dass die Landeshauptstadt Magdeburg eine Haushaltskonsolidierung hat und befürchtet, dass die Verzögerung des Tunnelbaus Auswirkungen darauf hat. Im Rahmen seiner weiteren Ausführungen übt Stadtrat Theile Kritik, dass die Presse eher als der Stadtrat von der Bauverzögerung unterrichtet wurde.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt bezüglich der geäußerten Kritik des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile an, dass er bis zum 07.09.10 keine Möglichkeit hatte, Aussagen gegenüber dem Stadtrat zum Ausgang der Frage Verzögerungen beim Tunnelbau zu treffen. Er sichert erneut zu, den jetzt eingetretenen Sachstand in einer Information zusammenzufassen und an den Stadtrat weiterzuleiten.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster stellt klar, dass es ihm um die innerbetriebliche saubere Lösung des Projektes geht, gleichwohl er gegen den Tunnelbau votiert hat. Er erinnert daran, dass es ein Mehrheitsbeschluss des Stadtrates war, den Tunnel zu bauen, er kann die Grundsatzdiskussion des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht nachvollziehen und hält dies für problematisch.

Bezüglich der Anmerkung des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt, dass er erwartet hat, dass eine Information zur Verzögerung des Tunnelprojektes auf der Tagesordnung des Stadtrates steht, merkt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an, dass zu diesem Zeitpunkt die Tagesordnung schon versandt war und die Verwaltung in der Kürze der Zeit keine Information erstellen konnte.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1. Neues Klimaschutzprogramm DS0118/10

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Die Ausschüsse KRB, UwE, StBV und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Der BA KGM empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der vorgetragenen Änderungen durch den Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz bringt die Drucksache DS0118/10 ein und informiert gleichzeitig über das Ergebnis des Wettbewerbs „Energieeffiziente Stadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Er bringt eine Änderung zum Punkt 2 des Beschlussvorschlages ein und bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0118/10.

Stadtrat Bock, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zieht im Ergebnis der eingebrachten Änderung des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz den vorliegenden Änderungsantrag DS0118/10/1 seiner Fraktion **zurück**. In seinen weiteren Ausführungen begrüßt er im Namen seiner Fraktion außerordentlich das vorliegende Klimaschutzprogramm und sichert die politische und fachliche Unterstützung in dieser Frage zu. Stadtrat Bock signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zur geänderten Drucksache DS0118/10.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht ergänzende Ausführungen und geht auf die Begründung zur Drucksache DS0118/10, insbesondere zur Entwicklung der CO₂-Emissionen der Landeshauptstadt Magdeburg in den Jahren 1990 – 2007 und noch bestehende Defizite, ein.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt zur Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen-Energie-Agentur (dena), insbesondere zur Frage der Finanzierung, Stellung.

Gemäß Änderung der Verwaltung **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusspunkt 2 wird wie folgt formuliert:

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der privaten Wirtschaft einschließlich der städtischen Gesellschaften und denen mit städtischer Beteiligung eine Partnerschaft anzustreben (Magdeburger Klimaallianz). In diesem Zuge werden die Gesellschaftsvertreter der Stadt aufgefordert, diesen Prozess i.S. der o.g. Zielstellung zu unterstützen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderung der Verwaltung einstimmig:

Beschluss-Nr. 545-23(V)10

Die Stadt Magdeburg strebt bis zum Jahr 2050 an, die Emissionen klimarelevanter Gase auf 3,2 t CO₂ je Einwohner/Jahr zu reduzieren. Dazu unternimmt sie folgende Schritte:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den Bereich der Verwaltung, einschließlich der Eigenbetriebe, Zielvereinbarungen abzuschließen, hinsichtlich deren Erfüllung der Stadtrat regelmäßig zu unterrichten ist.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der privaten Wirtschaft einschließlich der städtischen Gesellschaften und denen mit städtischer Beteiligung eine Partnerschaft anzustreben (Magdeburger Klimaallianz). In diesem Zuge werden die Gesellschaftsvertreter der Stadt aufgefordert, diesen Prozess i.S. der o.g. Zielstellung zu unterstützen.
3. Die Maßnahmen zu 1. sollen insbesondere auch die Fortführung der Einzelprojekte aus dem Wettbewerb „Energieeffiziente Stadt“ beinhalten, soweit diese in städtischer Regie liegen.
4. Zur Unterstützung des Gesamtprojektes wird das Angebot der Deutsche Energieagentur (dena) für eine Exklusivpartnerschaft „Musterkommune“ angenommen.

6.2. Winterdienstkonzept 2010/2011 der Landeshauptstadt Magdeburg DS0339/10
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag DS0339/10/1.

Der BA SAB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag DS0339/10/1 des Ausschusses KRB.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz bringt die Drucksache DS0339/10 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Herbst bringt den Änderungsantrag DS0339/10/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Theile dankt der Verwaltung für die Erarbeitung des Winterdienstkonzeptes.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, begrüßt das vorliegende Konzept und merkt an, dass ihm die Kontrolle über die Durchsetzung wichtig erscheint.

Vor dem Hintergrund von Stadtumbaumaßnahmen muss künftig stärker darauf geachtet werden, dass auf Wegen entlang von Abrissflächen/Freiflächen durch den Eigentümer ein durchgängiger Winterdienst zu erfolgen hat. Hier hat es im letzten Winter gerade in Olvenstedt mehrfach Anlass zur Kritik gegeben.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt kritisch nach, warum die Drucksache DS0339/10 nicht durch die Leiterin des Eigenbetriebes SAB eingebracht wird.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster weist darauf hin, dass eine Evaluierung des Konzeptes nur dann möglich ist, wenn in den nächsten 5 Jahren auch ein harter Winter ist.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der KRB-Ausschuss bittet die Verwaltung, spätestens 5 Jahre nach Inkrafttreten des Winterdienstkonzeptes 2010/2011 eine entsprechende Überprüfung des Konzeptes durchzuführen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0339/10/1 des Ausschusses KRB einstimmig:

Beschluss-Nr. 546-23(V)10

- I. Der Stadtrat beschließt die Aufnahme folgender ständiger Maßnahmen in das Winterdienstkonzept ab 2010/2011
 1. Erweiterung des Winterdienstes für Straßen in denen sich Kindergärten/-tagesstätten und Schulen befinden
Abarbeitung erfolgt gleichrangig entsprechend dem Hauptstraßennetz (A- + B-Netz)
 2. Änderung der Anliegerpflichten an Haltestellen des ÖPNV im Gehwegbereich ab der Winterperiode 2011/2012 durch Vereinbarung mit der MVB GmbH auf der Grundlage des § 9 (2) des Konzessionsvertrages
 3. Erhöhung der Räum- und Streubreite an Fußgängerüberwegen und Lichtsignalanlagen auf 2,00 m
 4. Erbringung von Winterdienstleistungen an Taxistandplätzen entsprechend der Wichtigkeit und der rechtlichen Verpflichtung
 5. Erhöhung der Streu- und Räumbreite für Querungen und Anbindungen auf drei Meter in Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen im Stadtzentrum
 6. Erhöhung der Streugutlagerkapazität um 500 Tonnen durch den Bau von zwei Silos

- II. Der Stadtrat bestätigt die Erhöhung der ständigen Winterdienstkosten in Höhe von 148.400 EUR im Jahr 2011 und ab 2012 von 189.500 EUR. Die finanzielle Mittelanforderung ist im Haushaltsplan aufzunehmen.

- III. Der KRB-Ausschuss bittet die Verwaltung, spätestens 5 Jahre nach Inkrafttreten des Winterdienstkonzeptes 2010/2011 eine entsprechende Überprüfung des Konzeptes durchzuführen.

- 6.3. Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Unterhaltung und Organisation der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Magdeburg (Feuerwehrsatzung) DS0275/10
- BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Stadträtin Siedentopf, Fraktion CDU/BfM, erklärt gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Es liegt ein Änderungsantrag DS0275/10/1 des Oberbürgermeisters vor.

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag DS0275/10/1 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die §§ 18 und 21 der ersten Änderungssatzung werden wie folgt geändert:

§ 18 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet außer durch den Tod bei:

- a) Austritt;
- b) Ausschluss;
- c) Auflösung der Freiwilligen Feuerwehr;
- d) Mitgliedern im Einsatzdienst mit der Aufgabe des Wohnsitzes in der Landeshauptstadt Magdeburg;

und darüber hinaus bei der Jugend- und Kinderabteilung:

- e) mit der Auflösung der Jugend- und Kinderabteilung;
- f) mit der Vollendung des 27. Lebensjahres bei Angehörigen der Jugendfeuerwehr, wenn eine Übernahme in eine andere Abteilung nicht erfolgt ist.

(2) Der Austritt aus der Freiwilligen Feuerwehr kann zu jeder Zeit erfolgen. Die Austritts-Erklärung ist dem Ortswehrleiter kundzugeben.

(3) Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr können aus der Freiwilligen Feuerwehr ausgeschlossen

werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor bei:

- 1. wiederholten Verstößen gegen diese Satzung und Nichteinhaltung der freiwillig übernommenen Pflichten.
- 2. einer erheblichen Störung der Gemeinschaft innerhalb der Feuerwehr.
- 3. einer rechtskräftiger Verurteilung wegen einer vorsätzlich begangenen Straftat und
- 4. extremistischen Aktivitäten gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und gegen die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt.

Der Ausschluss bedarf zuvor einer Abstimmung (§ 11 Abs. 4) in einer Mitgliederversammlung mit einer 2/3 Mehrheit und erfolgt schriftlich durch den Träger der Feuerwehr. Dem auszuschließenden Mitglied ist vorher Gelegenheit zu geben, schriftlich oder mündlich Stellung zu nehmen.

- (4) In begründeten Einzelfällen entscheidet der Träger des Brandschutzes nach Anhörung der Ortswehrleitung über den Ausschluss.
- (5) Scheidet ein Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr auf Grund Abs. 1 a) und d) aus, hat der Ortswehrleiter dem Träger des Brandschutzes dies schriftlich auf dem Dienstweg mitzuteilen.
- (6) Dem Ausgeschiedenen wird auf Wunsch vom Träger des Brandschutzes ein Nachweis über die Dauer seiner Mitgliedschaft, den Dienstgrad und die absolvierten Lehrgänge ausgehändigt.
- (7) Wird gegen ein Mitglied wegen Verdachts auf eine Straftat ermittelt, ruht die Mitgliedschaft bis zum Abschluss des Verfahrens.

§ 21 Feuerwehrrente

- (1) Die Landeshauptstadt schließt auf der Grundlage der vom Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt und der Öffentlichen Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, nachfolgend ÖSA genannt, abgegebenen Gemeinsamen Erklärung vom 26.02.2009 mit der ÖSA einen Rahmenvertrag zur Feuerwehrrente ab. Die Landeshauptstadt zahlt Zuschüsse ausschließlich nur für mit der ÖSA abgeschlossene Feuerwehrrenten-Versicherungsverträge.
- (2) Die berechtigten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr erhalten einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 20,00 EUR auf ihren privaten Rentenversicherungsvertrag. Der Zuschuss wird direkt auf den Vertrag in jährlicher Zahlweise jeweils im Januar des Kalenderjahres durch die Landeshauptstadt eingezahlt.
- (3) Berechtigte Mitglieder sind Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Magdeburg, die bereits seit mindestens 2 Jahren aktiv in der Wehr mitwirken, bei Vertragsabschluss das 20. Lebensjahr schon aber das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
Jeder Berechtigte muss wenigstens 40-h im Vorjahr aus Einsätzen, Aus- und Fortbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen der Brandschutzerziehung oder anderen, auf das Wohl der Wehr gerichteten ehrenamtlichen Aktivitäten nachweisen können.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0275/10/1 des Oberbürgermeisters mit 40 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 547-23(V)10

Der Stadtrat beschließt die Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Unterhaltung und Organisation der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Magdeburg (Feuerwehrsatzung) gemäß der Anlage 1.

6.4.	4. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0285/10
	BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 41 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 548-23(V)10

Der Stadtrat beschließt die 4. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Magdeburg vom 30. April 2007 (Amtsblatt Nr. 13 vom 30. April 2007) gemäß beiliegender Anlage.

6.5. Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB GmbH) - Gründung
marego
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

DS0190/10

Es liegt ein Austauschblatt zur Anlage 6, Seite 2 vor.

Die Ausschüsse FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0190/10 umfassend ein.

In seinen Ausführungen verweist der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann einleitend auf den im vergangenen Jahr im Stadtrat gefassten Grundsatzbeschluss. Dieser beauftragte den Oberbürgermeister bzw. die Verkehrsbetriebe, Verhandlungen bezüglich eines Verkehrsverbundes marego zu führen.

Er betonte die Schwierigkeiten, mit neun Verkehrsunternehmen einen entsprechenden Konsens zu finden. Herr Zimmermann informierte darüber, dass der Träger Salzlandkreis und der Träger Börde schon mehrheitlich dieser Verfahrensweise zugestimmt haben.

Im Landkreis Jerichower Land wird der Beschluss in der nächsten Woche gefasst.

Er betont, dass dieser Verkehrsverbund die Sicherung einer einheitlichen Struktur von Magdeburg und Umgebung zur Gewährleistung der Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen ist. Der Verbund bietet die Chance, mit Unterstützung des Landes, hier einen Verbund zu entwickeln, der für alle Beteiligten nach einigen Jahren zum großen Vorteil werden kann. Herr Zimmermann geht im Folgenden auf die verbundbedingten Anfangsprobleme ein. Er erläutert, dass im dritten Jahr eine Revision geplant ist und darauf aufbauend eine Evaluierung stattfinden wird, um die Verträge den Gegebenheiten anzupassen oder den Vertrag ggf. aufzulösen.

Der Beigeordnete Herr Zimmermann geht im Folgenden auf die kurzfristig eingereichten Änderungsanträge ein. Er stellt fest, dass die Änderungsanträge nicht die Verbundbildung selbst, sondern die Tarifgestaltung betreffen. Diese obliegt aber dann den Gremien des Verbundes selbst. Herr Zimmermann betont, dass, sollten die Änderungsanträge als Bedingung für die Verbundbildung zu verstehen sein, der Zeitplan zur Bildung des Verbundes nicht eingehalten werden kann. Er wirbt deshalb für die Ablehnung der Anträge.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, welche Fassung der Drucksache DS0190/10 gilt, merkt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an, dass immer die Drucksachen mit dem aktuellsten Datum gelten.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Schumann übernimmt die Sitzungsleitung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag DS0190/10/2 ein. Er stellt in seinen weiteren Ausführungen klar, dass seine Fraktion grundsätzlich zur Gründung von marego steht, sie aber vom vorliegenden Ergebnis nicht überzeugt ist. Stadtrat Müller begründet diese Auffassung u.a. damit, dass ein Verkehrsverbund viele Vorteile für die Nutzer bieten sollte und in der vorliegenden Drucksache DS0190/10 die Lasten in der Tarifgestaltung sehr ungleich und

zum Nachteil der Landeshauptstadt Magdeburg verteilt werden. Des Weiteren sieht Stadtrat Müller Klärungsbedarf bezüglich des Tarifmodells, welches zu Lasten von Kindern, Jugendlichen, Familien und sozial Schwachen geht. Er stellt fest, dass wenige Einwohner der Landeshauptstadt Magdeburg den Verkehrsverbund nutzen können und die Fraktion DIE LINKE die Drucksache DS0190/10 in der vorliegenden Form nicht mittragen wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE legt kritisch seinen Standpunkt zur AG „Mobilität“ dar und stellt in diesem Zusammenhang die Frage, welchen Status die AG „Mobilität“ hat.

Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den interfraktionellen Änderungsantrag DS0190/10/3 ein und geht auf den Fakt der Benachteiligung von sozial Schwachen ein. Er stellt klar, dass seine Fraktion die vorliegende Drucksache DS0190/10 in dieser Form und den Änderungsantrag DS0190/10/2 der Fraktion DIE LINKE ablehnt.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass der Stadtrat heute nicht die Tarife beschließt, da diese bereits ausgehandelt sind. Er stellt aber klar, dass auch aus seiner Sicht einiges in der Tariffrage unklar ist und aus finanzieller Sicht die Gründung von marego auf den ersten Blick keine Vorteile für die Landeshauptstadt Magdeburg bringt. Stadtrat Schwenke verweist aber darauf, dass der Stadtrat immer wieder die regionale Zusammenarbeit eingefordert hat und sich die Stadt Magdeburg als Zentrum der Region Magdeburg sieht. Er stellt fest, dass mit der vorliegenden Drucksache DS0190/10 ein wichtiges Zeichen für die regionale Zusammenarbeit gesetzt wird und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt begrüßt im Namen seiner Fraktion die vorliegende Drucksache DS0190/10, hält es aber für bedauerlich, dass die Mehrfahrtenkarte um 33 % steigen wird und begründet damit den interfraktionellen Änderungsantrag DS0190/10/3. Stadtrat Wähnelt bittet abschließend um Zustimmung zur Drucksache DS0190/10.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM befürchtet, dass bezüglich des interfraktionellen Änderungsantrag DS0190/10/3 die Nachverhandlungen scheitern könnten.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist darauf hin, dass er seit mindestens 5 Jahren mit dem Thema der Gründung eines Verkehrsverbundes, welches aus der Regionalkonferenz der ehemaligen Landkreise Schönebeck, Jerichower Land, Börde- und Ohrekreis stammt, befasst sei. Gemeinsame Zählungen mit dem Ministerium hätten ergeben, dass 4% der Fahrgäste im gesamten Verbundgebiet jeden Tag zwei Unternehmen gleichzeitig nutzen. Für diese Personen sei die Bildung eines Verkehrsverbundes von besonderem Vorteil.

Der Oberbürgermeister erklärt nochmals ausdrücklich, dass die Zielsetzung der Gründung von marego darin bestehe, die Nutzung des ÖPNV durch die Öffentlichkeit zu erhöhen.

Er informiert darüber, dass die MVB im Vergleich zu anderen Verkehrsbetrieben im Umland weit unter dem Preisniveau liege.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass eine Vereinheitlichung der Fahrpreise im Verbundgebiet stattfinden müsse, da andere Verbundsunternehmen sonst drastische Einnahmeeinbrüche zu befürchten hätten.

Er weist ausdrücklich darauf hin, dass der Stadtrat mit Beschluss der Drucksache ausschließlich die Gründung von marego beschließen und nicht die geplanten Tarifierhöhungen.

Eine Subventionierung der Fahrpreise für sozial benachteiligte Bürger sei eine Sozialleistung der Stadt und müsse gesondert beschlossen werden.

Weiterhin führt er aus, dass der Vertrag über den Unternehmensverbund eine Laufzeit von 4 Jahren habe. Im Falle einer Unwirtschaftlichkeit oder dem Nichterreichen der Zielsetzung müsse der Unternehmensverbund danach nicht weitergeführt werden.

Der Oberbürgermeister betont, dass bei der Zustimmung zum Änderungsantrag DS0190/10/2 der Fraktion DIE LINKE keine Gründung von marego zum 01.10.2010 möglich sei, da vorherige Tarifverhandlungen zeitlich nicht mehr durchführbar seien.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper ein und stellt klar, dass seine Fraktion die Gründung des Verkehrsverbundes grundsätzlich begrüßt. Er legt nochmals kritisch seinen Standpunkt zur Preiserhöhung im Bereich der Kinder und Jugendlichen dar. Stadtrat Müller kündigt an, dass bei Ablehnung des Änderungsantrages DS0190/10/2 seine Fraktion die Drucksache DS0190/10 ablehnen wird.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster hält es im Namen seiner Fraktion aus strategischer Sicht für wichtig in den Verkehrsverbund einzusteigen. Er signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion zur vorliegenden Drucksache DS0190/10.

Stadtrat Rösler, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! betont ebenfalls, dass seine Fraktion für die Gründung von marego ist, sie aber Nachverhandlungen bei den Tarifen fordert.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt schlägt vor, den interfraktionellen Änderungsantrag DS0190/10/3 redaktionell zu ändern.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg beantragt bezüglich des Vorschlages des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt eine Auszeit von 5 Minuten.

In seinen weiteren Ausführungen stellt er fest, dass der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper schlüssig dargelegt hat, was die Gründung von marego für alle Beteiligten bringt. Stadtrat Bromberg geht erläuternd auf die finanziellen Auswirkungen bei der Gründung des Verkehrsverbundes für die Landeshauptstadt Magdeburg ein. Er hält abschließend ebenfalls eine redaktionelle Überarbeitung des Änderungsantrages DS0190/10/3 für sinnvoll.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bittet darum, zu berücksichtigen, dass die Stadt in Verhandlungen mit den betreffenden Landkreisen erreicht hat, dass der Tarif für die Schülerbeförderung der Stadt Magdeburg weiterhin seine Gültigkeit hat und durch eventuelle Anpassungen keine Mehrkosten in Höhe von 700 000 Euro zu erwarten sind.

Stadtrat Ansorge, Fraktion CDU/BfM, geht auf die Seiten 8 und 9 der Anlage 6, insbesondere der Spalte Magdeburg-Pass ein und fragt bezüglich der Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper nach, ob diese Bestandteil der Drucksache DS0190/10 bleiben müssen.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann geht klarstellend auf die Bezuschussung in Höhe von 4 Euro/Karte für Inhaber des Magdeburg-Pass durch die Stadt Magdeburg ein.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bedauert, dass die Änderungsanträge DS0190/10/2 und /3 nicht in den Ausschussberatungen vorgelegt haben und bittet bei der Formulierung des Änderungsantrages DS0190/10/3 zu beachten, dass ein klares Bekenntnis des Stadtrates für den Gründung des Verkehrsverbundes marego ersichtlich ist.

Es erfolgt eine Auszeit von 5 Minuten.

Im Anschluss trägt der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt den mit der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! abgestimmten modifizierten Änderungsantrag DS0190/10/3 vor und bittet um Zustimmung.

Es erfolgt die punktweise Abstimmung zum Änderungsantrag DS0190/10/2 der Fraktion DIE LINKE.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Der Punkt 1.1 des Änderungsantrages DS0190/10/2 der Fraktion Die LINKE -

1. Der Beschlussvorschlag zu Nr. 1 wird wie folgt ergänzt:

1.1. Die Tarife der ermäßigten Mehrfahrtenkarten sowie der Einzelfahrscheine für Kinder und Jugendliche in der Tarifzone Magdeburg werden nicht erhöht. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Der Punkt 1.2 des Änderungsantrages DS0190/10/2 der Fraktion Die LINKE -

1. Der Beschlussvorschlag zu Nr. 1 wird wie folgt ergänzt:

1.2. Im Segment der ermäßigten Fahrkarten für Magdeburg-(Sozial-)Pass-Inhaber werden keine Tarifsteigerungen vorgenommen.

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Der Punkt 1.3 des Änderungsantrages DS0190/10/2 der Fraktion Die LINKE -

1. Der Beschlussvorschlag zu Nr. 1 wird wie folgt ergänzt:

1.3. Die Tageskarte wird als ermäßigte Fahrkartenart neu in das Tarifangebot auch für Magdeburg-(Sozial-)Pass-Inhaber eingeführt. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Der Punkt 1.4 des Änderungsantrages DS0190/10/2 der Fraktion Die LINKE -

1. Der Beschlussvorschlag zu Nr. 1 wird wie folgt ergänzt:

1.4. Die Ergebnisse der AG Mobilität zur Qualifizierung des Magdeburg-(Sozial-)Passes werden in Abstimmung mit dem Gesellschafter nach Möglichkeit entsprechend beachtet und die Mitglieder der Aufsichtsgremien der MVB GmbH kontinuierlich darüber informiert. –

wird **abgelehnt**.

Mit der Beschlussfassung zu den Punkten 1.1 – 1.4 des Änderungsantrages DS0190/10/2 der Fraktion DIE LINKE hat sich eine Beschlussfassung zum Punkt 2 des Änderungsantrages DS0190/10/2 **erübrigt**.

Gemäß modifizierten interfraktionellen Änderungsantrag DS0190/10/3/1 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Der Beschlussvorschlag zu Punkt 1. wird wie folgt ergänzt:

Zur Vermeidung von besonderen Härten für bestimmte Bevölkerungsgruppen besteht das Ziel, dass die Tarife sozialverträglich gestaltet werden. Unter der Maßgabe, dass die Gründung der Magdeburger Regionalverkehrsverbund GmbH wie vorgesehen erfolgt, sollten die beabsichtigten Preissteigerungen bei den ermäßigten Sammelkarten sowie den Einzelfahrscheinen für Kinder und Jugendliche in der Tarifzone Magdeburg prozentual nicht höher ausfallen als die übrigen Tarife.

Über das Ergebnis ist der Stadtrat in seiner Sitzung am 14. Oktober 2010 zu unterrichten.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des modifizierten interfraktionellen Änderungsantrag DS0190/10/3/1 mehrheitlich, bei vielen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 549-23(V)10

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg stimmt der Gründung der Magdeburger Regionalverkehrsverbund GmbH - marego zu und ermächtigt den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg zum Abschluss des als Anlage 4 dieser Drucksache beigefügten Grundvertrages und des als Anlage 5 dieser Drucksache beigefügten Vertrages zur Herleitung der verbundbedingten Nachteile, die Gegenstand von Ausgleichszahlungen durch die Aufgabenträger sein können (Herleitungsvertrag).

Zur Vermeidung von besonderen Härten für bestimmte Bevölkerungsgruppen besteht die Maßgabe, dass die Tarife sozialverträglich gestaltet werden. Die beabsichtigten Preissteigerungen bei den ermäßigten Sammelkarten und Einzelfahrscheinen für Kinder und Jugendliche in der Tarifzone Magdeburg fallen prozentual nicht höher aus als die übrigen Tarife.

Zur Vermeidung von besonderen Härten für bestimmte Bevölkerungsgruppen besteht das Ziel,

dass die Tarife sozialverträglich gestaltet werden. Unter der Maßgabe, dass die Gründung der Magdeburger Regionalverkehrsverbund GmbH wie vorgesehen erfolgt, sollten die beabsichtigten Preissteigerungen bei den ermäßigten Sammelkarten sowie den Einzelfahrscheinen für Kinder und Jugendliche in der Tarifzone Magdeburg prozentual nicht höher ausfallen als die übrigen Tarife.

Über das Ergebnis ist der Stadtrat in seiner Sitzung am 14. Oktober 2010 zu unterrichten.

- 2 .Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der MVB GmbH werden angewiesen, nach Beachtung der Maßgabe in Punkt 1. Satz 2:
 - den Entwurf des Gesellschaftsvertrages der Magdeburger Regionalverkehrsverbund GmbH - marego gemäß Anlage 3 dieser Drucksache zu beschließen,
 - der Beteiligung der MVB GmbH an der Magdeburger Regionalverbund GmbH - marego in Höhe von 10.010,00 EUR (40 %) zuzustimmen,
 - alle erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung des marego-Projektes zu fassen.
3. In der Haushaltsplanung 2011 der Landeshauptstadt Magdeburg ist für das Haushaltsjahr 2011 eine finanzielle Belastung zur Finanzierung des Verkehrsverbundes in Höhe von 65.000 EUR zu berücksichtigen.

6.6. Jahresabschluss 2009 der GWM Gesellschaft für
Wirtschaftsservice Magdeburg mbH

DS0320/10

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 550-23(V)10

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der GWM werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 7.323.911,29 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 14.268,33 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 14.268,33 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 956.528,13 EUR zu verrechnen und den daraus resultierenden Verlustvortrag in Höhe von 942.259,80 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Beirat für das Geschäftsjahr 2009 zu entlasten,
 - den Geschäftsführern, Herrn Nitsche und Herrn Tyszkiewicz, für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

6.7. Jahresabschluss der Gesellschaft zur Durchführung der
Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH zum 31.03.2010

DS0321/10

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 551-23(V)10

1. Der Stadtrat nimmt den von der Gliemer + Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009/2010 der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH zum Bilanzstichtag 31.03.2010 zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.03.2010 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 85.102,38 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.695,10 EUR festzustellen;
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 2.695,10 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 24.154,43 EUR zu verrechnen und den neuen Gewinnvortrag in Höhe von 26.849,53 EUR auf neue Rechnung vorzutragen;
 - dem Geschäftsführer, Herrn Alfred Raabe, für das Geschäftsjahr 2009/2010 Entlastung zu erteilen.

6.8. ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gGmbH
Jahresabschluss zum 31.12.2009

DS0323/10

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 552-23(V)10

1. Der Stadtrat nimmt den von Herrn Dr. Hans-Joachim Klemm, Wirtschaftsprüfer, geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2009 der ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gGmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der ZOOLOGISCHER GARTEN MAGDEBURG gGmbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2009 mit einer Bilanzsumme von 10.988.147,15 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 730.840,84 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 730.840,84 EUR zur Umsetzung von investiven Leistungen lt. Investitionsplan bis 2013 in die Gewinnrücklage als zweckgebundene Rücklage einzustellen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 zu entlasten,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Perret, die Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 zu erteilen,
 - zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 Herrn Dr. Hans-Joachim Klemm, Wirtschaftsprüfer, zu bestellen.

- 6.9. Jahresabschluss 2009 der AQB Gemeinnützige Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH (AQB) DS0334/10
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 553-23(V)10

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der AQB zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 mit einer Bilanzsumme von 3.818.992,35 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 653.516,03 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 653.516,03 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg geleisteten Zuschüssen in Höhe von 1.496.200,00 EUR zu verrechnen,
 - die Rückführung der nicht verrechneten Zuschüsse der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 842.683,97 EUR an den städtischen Haushalt zu beschließen,
 - der Geschäftsführerin, Frau Ursula Fahtz, sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

6.10. Jahresabschluss 2009 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH (NKE) DS0335/10

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 554-23(V)10

3. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA Wirtschaftsberatung AG geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der NKE zur Kenntnis.
4. Die Gesellschaftsvertreter der NKE werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 mit einer Bilanzsumme von 58.384.257,85 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.201.803,53 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.201.803,53 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg geleisteten Zuwendungen in Höhe von 1.951.008,05 EUR zu verrechnen,
 - den nicht verrechenbaren Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.250.795,48 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 54.673.802,13 EUR zu verrechnen und den verbleibenden Gewinnvortrag in Höhe 53.423.006,65 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 zu entlasten,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Schreiber, für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA Wirtschaftsberatung AG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Boeck übernimmt die Sitzungsleitung.

- 6.11. Jahresabschluss 2009 der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (MVGM) DS0336/10
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 555-23(V)10

5. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der MVGM zur Kenntnis.
6. Die Gesellschaftsvertreter der MVGM werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 mit einer Bilanzsumme von 13.073.340,55 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 387.672,09 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 387.672,09 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 5.865.789,40 EUR zu verrechnen und insgesamt in Höhe von 6.253.461,49 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 zu entlasten,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Schreiber, für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers AG (PWC) zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

- 6.12. Jahresabschluss 2009 der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH (MMKT) DS0338/10
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 556-23(V)10

7. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutschen Warentreuhand AG geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der Magdeburg Marketing, Kongress und Tourismus GmbH (MMKT) zur Kenntnis.
8. Die städtischen Gesellschaftervertreter der MMKT werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 474.558,67 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.682,97 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 2.682,97 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 21.412,53 EUR zu verrechnen und den neuen Gewinnvortrag in Höhe von 24.095,50 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 zu entlasten,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Ahrens, für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,

- 6.13. Jahresabschluss 2009 der GISE-Gesellschaft für Innovation,
Sanierung und Entsorgung mbH (GISE mbH) DS0343/10
-
- BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 557-23(V)10

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der GISE mbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der GISE mbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 8.086.847,09 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.187.771,51 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.187.771,51 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg geleisteten Liquiditätszuwendungen in Höhe von 1.187.876,00 EUR zu verrechnen,
 - die Rückführung der nicht verrechneten Zuwendungen der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 104,49 EUR an den städtischen Haushalt zu beschließen,
 - dem Geschäftsführer Herrn Dr. Kuhne sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

- 6.14. Jahresabschluss 2009 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg DS0344/10
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 558-23(V)10

Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der ZENIT GmbH zur Kenntnis.

Der Gesellschaftervertreter der ZENIT GmbH wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2009 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 28.996.901,71 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 161.411,36 EUR festzustellen,
- den Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 161.411,36 EUR zusammen mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 753.980,05 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
- dem Geschäftsführer, Herrn von Kenne, für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
- die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 zu bestellen.

- 6.15. Namensgebung einer Schule DS0309/10
BE: Bürgermeister
-

Die Ausschüsse BSS und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 559-23(V)10

Der Stadtrat beschließt die Namensgebung der Schule

Grundschule „Leipziger Straße“.

- 6.16. Nutzungsaufgabe des Jugendtreffpunktes in Selbstverwaltung DS0188/10
"Reformer" Grundstück Otto-Baer-Straße 85

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

Die Ausschüsse Juhi und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 560-23(V)10

1. Die Nutzung des Objektes des ehemaligen Jugendtreffs in Selbstverwaltung „Reformer“ in der Otto-Baer-Straße 85 wird zum 30.09.2010 durch das bewirtschaftende Amt 51 aufgegeben.
2. Das Objekt wird dem Kommunalen Gebäudemanagement zwecks Leerstandsverwaltung zugeordnet.
3. Die Vermarktung erfolgt durch FB23.

- 6.17. Bewerbung der Landeshauptstadt Magdeburg als zugelassener DS0384/10
kommunaler Träger (zKT) in der Grundsicherung für
Arbeitsuchende nach § 6a SGB II

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

Der TOP 6.17 – DS 0384/10 wurde von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 6.18. Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" DS0087/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse FG und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bringt den Änderungsantrag DS0087/10/2 ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann begründet die vorliegende Drucksache DS0087/10 und weist darauf hin, dass sich seine Anmerkungen auch auf die nachfolgende Drucksache DS0088/10 beziehen. Er führt aus, dass vorgesehen ist, dass das integrierte Handlungskonzept beider Maßnahmen über die Laufzeit des Programms fortgeschrieben wird und die daraus resultierenden Drucksachen in den Stadtrat eingebracht werden. Er bittet darum, über minimale Maßnahmen in Form einer Information berichten zu können.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht auf die Intention des vorliegenden Änderungsantrages DS0087/10/1 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann merkt an, dass er sich eine Einbeziehung des Ausschusses Juhi bei dieser Thematik gewünscht hätte. Er bittet darum, dies zukünftig zu beachten.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg kann die Frage des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zur Dimension des Änderungsantrages DS0087/10/1 nachvollziehen und verweist in diesem Zusammenhang auf die Anlage 5 der Drucksache DS0087/10.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt den Änderungsantrag DS0087/10/2 der Fraktion CDU/BfM.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses StBV.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0087/10/1 der Fraktion CDU/BfM mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Über die Modifizierung und Weiterentwicklung des Integrierten Handlungskonzeptes, die sich aus Anregungen der Bürger bei der Vorstellung des Konzeptes auf dem Stadtteilforum ergeben, entscheidet der Stadtrat.

Gemäß Änderungsantrag DS0087/10/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Die vorliegende Drucksache wird um folgenden Beschlusspunkt ergänzt:

Vor Beginn der Maßnahmen sind im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr dieselben als Drucksache vorzustellen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 561-23(V)10

1. das integrierte Handlungskonzept (IHK), als Grundlage einer künftigen integrierten Stadtentwicklung in der Alten und Neuen Neustadt und die Antragstellung zur Aufnahme der Alten und Neuen Neustadt in das Bund-Länder-Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ ab dem Programmjahr (PJ) 2011, Haushaltsjahr (HHJ) 2012.
2. die Abgrenzung der Fördergebietskulisse für das Bund-Länder-Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ (siehe Anlage 1, Seite 35 des IHK).
3. als Grundsatzbeschluss den Vorhaben-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Gesamt-VKFZ-Plan, siehe Anlage 5) mit den konkreten Maßnahmen als Grundlage für die Antragstellung beim Land, ab dem Haushaltsjahr (HHJ) 2012, in einem Zeithorizont bis 2020.
4. die entsprechenden Mittel (1/3 Eigenmittel, 2/3 Fördermittel) sind in der Haushaltsplanung 2011 ff. zu berücksichtigen.
5. Über die Modifizierung und Weiterentwicklung des Integrierten Handlungskonzeptes, die sich aus Anregungen der Bürger bei der Vorstellung des Konzeptes auf dem Stadtteilforum ergeben, entscheidet der Stadtrat.
6. Vor Beginn der Maßnahmen sind im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr dieselben als Drucksache vorzustellen.

- 6.19. Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Städtebauförderprogramms "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" (ASO) DS0088/10
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0088/10/1 des Ausschusses StBV
- Änderungsantrag DS0088/10/1/1 der Fraktion CDU/BfM
- Änderungsantrag DS0088/10/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gemäß Änderungsantrag DS0088/10/2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Über die Modifizierung und Weiterentwicklung des Integrierten Handlungskonzeptes, die sich aus Anregungen der Bürger bei der Vorstellung des Konzeptes auf dem Stadtteilforum ergeben, entscheidet der Stadtrat.

Gemäß Änderungsantrag DS0088/10/1/1 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der 1. Änderungsantrag zur DS0088/10 wird wie folgt geändert:

Vor Beginn der Maßnahmen sind im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr dieselben als Drucksache ~~oder Information~~ vorzustellen.

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0088/10/1/1 hat sich eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0088/10/1 des Ausschusses StBV **erübrigt**.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 562-23(V)10

7. das auf Basis der I0337/08, der DS0617/08 und der DS0354/09 erarbeitete integrierte Handlungskonzept als Grundlage einer künftigen integrierten Stadtentwicklung im Zentrenbereich der Alten und Neuen Neustadt im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“;
8. den Maßnahmen-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Gesamt-MKFZ-Plan, siehe Anlage 15), mit den konkreten Maßnahmen zur Antragstellung beim Land, ab dem Haushaltsjahr (HHJ) 2011, in einem Zeithorizont bis zum HHJ 2019;

9. die Beantragung der Einzelmaßnahmen im Programmjahr 2010;
10. die entsprechenden Mittel (1/3 Eigenmittel, 2/3 Fördermittel) sind in der Haushaltsplanung 2011 ff. zu berücksichtigen.
11. Über die Modifizierung und Weiterentwicklung des Integrierten Handlungskonzeptes, die sich aus Anregungen der Bürger bei der Vorstellung des Konzeptes auf dem Stadtteilforum ergeben, entscheidet der Stadtrat.
12. Vor Beginn der Maßnahmen sind im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr dieselben als Drucksache vorzustellen.

6.20. Einleitung Satzungsverfahren und Auslegung des Entwurfs zum DS0092/10
vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 237-4.1 "Kavalier VI
Maybachstraße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UWE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt begrüßt im Namen seiner Fraktion die vorliegende Drucksache DS0092/10 und bringt den Änderungsantrag DS0092/10/1 ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann hält den vorliegenden Änderungsantrag DS0092/10/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für problematisch und begründet seinen Standpunkt.

Stadtrat Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! unterstützt im Namen seiner Fraktion die Ausführungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann und empfiehlt, den Änderungsantrag DS0092/10/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke hält es ebenfalls für investorenfreundlicher, wenn die Drucksache DS0092/10 unverändert beschlossen wird. Er signalisiert für seine Fraktion die Ablehnung zum Änderungsantrag DS0092/10/1.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht auf die Intention des Änderungsantrages DS0092/10/1 ein.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, unterstützt in seinen Ausführungen den vorliegenden Änderungsantrag DS0092/10/1.

Im Rahmen der weiteren Diskussion spricht sich der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster ebenfalls gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0092/10/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Der Änderungsantrag DS0092/10/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Beschlusspunkt 2. ist um folgenden Satz zu ergänzen

Planungsziel soll ein Veranstaltungszentrum mit musealen Einrichtungen, Restaurant, Café, Kunstgewerbe u.a. sein. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 563-23(V)10

1. Für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden: durch die nördliche Grenze der Flurstücke 10064 und 162 (Flur 152),
- im Osten: durch die östliche Grenze des Flurstückes 10064 (Flur 152)
- im Süden: durch die südliche Grenze des Flurstückes 10064 (Flur 152) und
- im Westen: durch die westliche Grenze des Flurstückes 10064 (Flur 152)

wird auf Antrag des Vorhabenträgers ein Satzungsverfahren zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 12 Abs. 2 BauGB eingeleitet.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan soll Planungssicherheit für die Nachnutzung des nördlichen Teils der Festungsanlage Maybachstraße unter Beachtung der denkmalpflegerischen Zielstellung geschaffen werden.
3. Die von der Planaufstellung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind frühzeitig gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Beschlusses und des Vorentwurfes im Stadtplanungsamt, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, erfolgen.
4. Der Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 237-4.1 „Kavalier VI Maybachstraße“ und die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht werden in der vorliegenden Fassung gebilligt. Sofern nach der frühzeitigen Beteiligung der

Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Naturschutzverbände keine Abwägungsbeschlüsse erforderlich werden, sind der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 237-4.1 „Kavalier VI Maybachstraße“, die Begründung und die wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

5. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 2 BauGB gleichzeitig zum Auslegungsverfahren zu beteiligen. Sie sind gem. § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen.
6. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend den Zielen des Bebauungsplans zu ändern.

6.21.	Errichtung der Südwest-Rampe an der Brenneckestraße im Zuge des Magdeburger Ringes	DS0171/10
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 564-23(V)10

Der Stadtrat beschließt die Realisierung des Neubaus einer Auffahrtsrampe zum Magdeburger Ring an der Brenneckestraße (Investitions-Nr. II06166002) auf der Grundlage vorliegender Kostenberechnung für die Jahre 2010 bis 2012 mit einem Gesamtwertumfang in Höhe von 1.706.300 EUR.

6.22.	Behandlung der Stellungnahmen zur Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 301-4.1 "Nahrstedter Weg"	DS0199/10
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Der TOP 6.22 – DS0199/10 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 6.23. Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 301- DS0200/10
4.1 "Nahrstedter Weg"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der TOP 6.23 – DS0200/10 wurde von der Verwaltung von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

- 6.24. Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. DS0211/10
225-1 "Weizengrund, Westseite"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 565-23(V)10

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:

- im Norden durch die südlichen Grenzen der Wohngrundstücke Reiterweg,
- im Osten durch den Weizengrund,
- im Süden durch die nördlichen Grundstücksgrenzen der Wohnbebauung Mittelweg,
- im Westen durch die östlichen Grundstücksgrenzen der Wohngrundstücke Jahnstraße

wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Magdeburg am 12.12.1991 der Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet „Weizengrund, Westseite“ - Plan Nr. 225-1 gefasst.

Der Beschluss wird gem. § 1 Abs. 8 BauGB aufgehoben.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung (gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB) durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt zu erfolgen.
3. Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 225-1 "Weizengrund, Westseite" ist ortsüblich bekannt zu machen.

- 6.25. Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 225-4.1 "Weizengrund 48" DS0212/10
-
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 566-23(V)10

1. Für das Gebiet, das begrenzt wird:

- im Norden durch die Nordgrenze des Flurstückes 144/2 der Flur 508,
- im Osten durch die Westgrenze des Flurstückes der Straße Weizengrund sowie der Westgrenzen der Flurstücke 744/144 und 701/132 der Flur 508
- im Süden durch die Südgrenzen der Flurstücke 144/2 und 144/1 der Flur 508 sowie deren Verbindung über den Mittelweg
- im Westen durch die Westgrenzen der Flurstücke 132/12 (teilweise), 144/1, 778/132, 144/2 der Flur 508

soll gemäß § 12 Abs. 2 BauGB auf Antrag des Vorhabenträgers das Satzungsverfahren für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan eingeleitet werden. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan soll gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt. Planungsziel ist die Entwicklung eines Mischgebietes gem. § 6 BauNVO sowie die Errichtung von Einfamilienhäusern.

2. Im Flächennutzungsplan der LH Magdeburg ist dieser Bereich als Wohn- und Mischbaufläche dargestellt.
3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB durch 14tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt und einer Bürgerversammlung erfolgen.

- 6.26. Einleitung des Satzungsverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 432-2.1 "Lindenhof" DS0243/10
-
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 567-23(V)10

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:

- im Norden durch die Nordgrenze des Flurstückes 6005/2,
- im Westen durch die Ostgrenze der Leipziger Chaussee (Straßenflurstück),
- im Süden durch die Südgrenze des Flurstückes 6037/6,
- im Osten durch die Westgrenzen der Flurstücke 10549 (teilweise), 6605/11, 6605/13 und 10571 (teilweise),

alle Flurstücke befinden sich in der Flur 465,

soll gemäß § 12 Abs. 2 BauGB auf Antrag des Vorhabenträgers das Satzungsverfahren für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan eingeleitet werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

2. Planungsziel ist die Entwicklung einer Wohnanlage für Ein- und Zweifamilienhäuser. Im Flächennutzungsplan der LH Magdeburg ist dieser Bereich als Wohnbaufläche dargestellt.
3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung, gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB, durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, und einer Bürgerversammlung zu erfolgen.

6.27. 2. Änderung der Parkgebührenordnung DS0252/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse KRB, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 568-23(V)10

Der Stadtrat beschließt die 2. Änderung der Parkgebührenordnung Tarifgebiet „Rot/Übriges Stadtgebiet“ in Tarifgebiet „Grün/Übriges Stadtgebiet“

6.28. Widmung eines Teilstücks der Straße "Sonnenallee" im DS0253/10
Wohngebiet Hansapark

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 569-23(V)10

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Straße „Sonnenallee“ (Teilstück) im Wohngebiet Hansapark zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

- 6.29. Widmung eines Teilstücks der Straße "Grillenstieg" im B-Plan-Gebiet 431-1 B "Ottersleber Chaussee/ Am Hopfengarten - Teilbereich B" DS0255/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Bezüglich der Nachfrage der Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE, ob mit den Anwohnern bezüglich der geplanten Widmung gesprochen wurde, führt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann aus, dass diese Fläche im Bauleitplan öffentlich bereits ausgewiesen ist. Des Weiteren hat sich die Stadt über den städtebaulichen Vertrag dazu verpflichtet, diesen Weg zu übernehmen.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 570-23(V)10

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung des Teilstücks der Straße „Grillenstieg“ im B-Plan-Gebiet 431-1 B „Ottersleber Chaussee/ Am Hopfengarten – Teilbereich B“ zur Gemeindestraße zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

- 6.30. Aufstellung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 258-2 "Heumarkt" DS0288/10

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 571-23(V)10

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB sowie § 13 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:
 - im Norden durch die nördliche Straßenbegrenzung der Brückstraße;
 - im Osten durch die östliche Straßenbegrenzung der Straße Am Charlottentor und der nördlichen Begrenzung des Radweges (alte Kanonenbahn, nördliche Flurstücksgrenzen der Flurstücke 68/1 in der Flur 719 und 20/1 in der Flur 721);

- im Süden durch die nördliche Straßenbegrenzung der Straße Zuckerbusch und
- im Westen durch die östliche Begrenzung der Kleingartenanlage „Am Zuckerbusch“, der östlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 10/1 und 10003; der nördlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 10003, 8/3 und 39/7; der östlichen Straßenbegrenzung der Straße Am Cracauer Tor und der östlichen Straßenbegrenzung der Straße Zuckerbusch,

ein einfacher Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:
Der Bebauungsplan soll ausschließlich Festsetzungen nach § 9 Abs. 2a BauGB zur Sicherung der Zielvorgaben des Magdeburger Märktekonzepts und zur Sicherung der bestehenden verbrauchernahen Versorgung der Wohnbevölkerung der Stadtteile Brückfeld und Cracau enthalten.
Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist der nördliche Bereich des Plangebiets als gemischte Baufläche und der südliche Bereich überwiegend als Wohnbaufläche ausgewiesen.
3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.
Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung soll nach ortsüblicher Bekanntmachung des Beschlusses durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg, An der Steinkuhle 6, erfolgen.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- | | | |
|------|--|----------|
| 7.1. | Magdeburg - Sozialticket
Fraktion DIE LINKE
WV v. 25.02.2010 | A0134/09 |
|------|--|----------|
-

Die Ausschüsse GeSo und FuG empfehlen die Beschlussfassung

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0134/09 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg begründet die Ablehnung des Antrages A0134/09 durch seine Fraktion mit dem Hinweis, dass man erst das Ergebnis zur beschlossenen Drucksache DS0190/10 – marego abwarten sollte.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kann die Haltung der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! nicht nachvollziehen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 572-23(V)10

Der Antrag A0134/09 der Fraktion DIE LINKE –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. Initiativen zur Einführung eines Sozialtickets im Öffentlichen Personennahverkehr der Landeshauptstadt Magdeburg zu unternehmen
2. den Stadtrat bei der Beauftragung seiner Gesellschaftervertreter bzw. Aufsichtsratsmitglieder in der MVB GmbH hinsichtlich der Prüfung zur Einführung eines Sozialtickets in der Landeshauptstadt Magdeburg aktiv und kreativ zu unterstützen.

Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister, mit der Geschäftsführung der MVB GmbH mögliche Varianten zu beraten und dabei auch aktuelle Maßnahmen anderer Kommunen ob ihrer Übertragbarkeit auf die LH Magdeburg – wie etwa die *Leipzig-Pass-Mobilcard* – ernsthaft zu prüfen. –

wird **abgelehnt**.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 9**)

- 7.2. Reformationenjubiläum für Auslandskontakt nutzen A0041/10
 FDP-Fraktion
 WV: v. 25.03.10
-

Die Ausschüsse RWB und K empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0078/10 der Verwaltung. Er überreicht dem 1. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Boeck den Redebeitrag seiner Fraktion und bittet darum, diesen als Anlage zu Protokoll zu nehmen. (**Anlage 10**)

Gemäß Antrag A0041/10 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 573-23(V)10

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Landeshauptstadt Magdeburg ihre Aktivitäten im Rahmen von Reformationstdekade und Lutherjubiläum auch für ihre Auslandskontakte auf den Gebieten Tourismus, Kultur und Handel nutzen kann.

- 7.3. Verlinkung des Internetangebotes der Stadt auf den Homepages A0054/10
 hiesiger Unternehmen
 Fraktion CDU/BfM
 WV: v. 22.04.10
-

Die Ausschüsse VW und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0054/10 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 574-23(V)10

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich in geeigneter Form an die Unternehmen, die einen Firmensitz in der Stadt haben, mit der Bitte zu wenden, eine Verlinkung des Internetangebots der Landeshauptstadt, inkl. der Internetpräsenz unter www.ottostadt.de, auf ihren jeweiligen Homepages einzurichten.

7.4. Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus A0056/10
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV: v. 22.04.10

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag A0056/10/1.

Der Ausschuss Juhi empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0056/10/2.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0056/10 ein. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses KRB begründet er den vorliegenden Änderungsantrag A0056/10/1. Er bittet darum, den vorliegenden Änderungsantrag A0056/10/2 des Ausschusses Juhi abzulehnen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann begründet den Änderungsantrag A0056/10/2.

Stadtrat Schwenke, Mitglied im Ausschuss Juhi, geht auf den Haupttenor der Diskussion im Ausschuss Juhi ein und merkt an, dass dabei der Zeitraum der Beschlussfassung kritisiert wurde. Er stellt fest, dass diese Thematik im Rahmen der Haushaltsberatung diskutiert werden müsste. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Fraktion CDU/BfM signalisiert Stadtrat Schwenke die Stimmenenthaltung seiner Fraktion zum Antrag A0056/10.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann macht klarstellende Ausführungen zur Frage der Finanzierung der Stelle und bittet ebenfalls darum, den Antrag A0056/10 im Rahmen der Haushaltsberatung zu beraten.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg analysiert die vorliegenden Änderungsanträge A0056/10/1 und A0056/10/2 und spricht sich für die Annahme des Änderungsantrages A0056/10/1 des Ausschusses KRB und des Antrages A0056/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Änderungsantrag A0056/10/2 des Ausschusses Juhi –

Der Oberbürgermeister wird gebeten, nach dem Auslaufen der Förderung des LAP Ende 2010 durch geeignete personelle oder finanzielle Maßnahmen die Koordination bei dem Träger Miteinander e. V. sicher zu stellen.

Sollten Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden, sind diese vorrangig einzusetzen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag A0056/10/1 des Ausschusses KRB **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Punkt 3 des Antrages ist wie folgt neu zu formulieren:

3. Die zusätzlichen nötigen Mittel zur Finanzierung der Vollzeitstelle (ca. 5.000 Euro) sind aus geeigneten Quellen zur Verfügung zu stellen. Sollte dies nicht möglich sein, ist in Verhandlungen mit dem Miteinander e.V. über den Umfang der Stelle zu verhandeln.

Gemäß Antrag A0056/10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0056/10/1 des Ausschusses KRB einstimmig:

Beschluss-Nr. 575-23(V)10

Der Stadtrat möge beschließen:

Zur Gewährleistung von Kontinuität in der Koordination und Anregung zur Entwicklung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus nach dem Auslaufen der Förderung des Lokalen Aktionsplanes (LAP) durch den Bund, wird bei dem Verein „Miteinander e.V.“ dauerhaft eine Stelle eingerichtet.

Die Finanzierung wird folgendermaßen gewährleistet:

1. Das Jugendamt hat seit September 2007 50% der Kosten der Koordinierungsstelle i.H.v. ca. 20.000 Euro aus den Mitteln der Jugendarbeit kofinanziert. Diese Mittel sollen auch in Zukunft im Jugendamt für die Finanzierung der Personalkosten aus diesem Antrag zur Verfügung gestellt werden.
2. Der Stadtrat hat seit 2008 die Bundesmittel für den LAP um 15.000 Euro jährlich aufgestockt und dem Jugendamt zusätzlich für Projekte freier Träger zur Verfügung gestellt. Auch für das Jahr 2010 wurde dem Änderungsantrag DS0529/09/4 entsprochen. Diese Mittel verbleiben nach Ablauf des Jahres 2010 im Teilbudget 5151 und dienen der Finanzierung der Stelle.
3. Die zusätzlichen nötigen Mittel zur Finanzierung der Vollzeitstelle (ca. 5.000 Euro) sind aus geeigneten Quellen zur Verfügung zu stellen. Sollte dies nicht möglich sein, ist in Verhandlungen mit dem Miteinander e.V. über den Umfang der Stelle zu verhandeln.

7.5.	Hundeführerschein	A0059/10
	FDP-Fraktion	
	WV: v. 22.04.10	

Die Ausschüsse GeSo und KRB empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, zieht den Antrag A0059/10 im Rahmen ihrer Ausführungen **zurück**.

7.6.	Gläserne Blume	A0061/10
	Kulturausschuss	
	WV: v. 22.04.10	

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsanträge A0061/10/1 und A0061/10/3 des Ausschusses K
- Änderungsantrag A0061/10/2 der FDP-Fraktion

Die Ausschüsse RWB, StBV und FG haben den Antrag A0061/10 zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0061/10/1.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke geht auf die Chronologie der Beratungen im Ausschuss K zum Antrag A0061/10 ein, informiert, dass der Änderungsantrag A0061/10/3 des Ausschusses K den Ursprungsantrag A0061/10 ersetzt und die Änderungsanträge A0061/10/1 und A0061/10/2 der FDP-Fraktion in den Änderungsantrag A0061/10/3 mit eingeflossen sind.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, zu welchen Konditionen die Gläserne Blume zurück nach Magdeburg geholt wird und spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Annahme des Änderungsantrages A0061/10/2 der FDP-Fraktion aus.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke weist bezüglich der Anmerkungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, darauf hin, dass die FDP-Fraktion sich bereit erklärt hat, ihren Änderungsantrag A0061/10/2 in den Änderungsantrag A0061/10/3 mit einfließen zu lassen.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, unterstützt das Anliegen, die Gläserne Blume nach Magdeburg zurück zu holen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bittet ebenfalls darum, die Kostenfrage zu beachten und hält es für fraglich, dass das Kunstwerk herausgegeben wird.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke stellt bezüglich der Bedenken des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM klar, dass das Historische Museum Berlin nach einen dauerhaften Standort der Gläsernen Blume sucht.

Nach weiterer Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0061/10/3 des Ausschusses K mit 18 Ja-, 14 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 576-23(V)10

1.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Deutschen Historischen Museum Berlin sowie dem Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel, die „Gläserne Blume“ als Dauerleihgabe nach Magdeburg zu holen.

2.

Zuvor sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- Ein geeigneter Standort ist auszuweisen (vorstellbar wäre z.B. das Foyer des Landesfunkhauses). Dazu gehört die Zustimmung des Eigentümers.
- Die Zustimmung der Künstler bezüglich des Standortes ist einzuholen.
- Der künftige Aufstellungsstandort in Magdeburg ist aufgrund des Gewichts baustatisch zu prüfen.

3.

Bei einem positiven Bescheid sind die voraussichtlichen Kosten zu klären.

Eine Abstimmung zu den Änderungsanträgen A0061/10/1 und A0061/10/2 und zum A0061/10 hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0061/10/3 des Ausschusses K **erübrigt**.

7.7. Aufwertung der Nordfassade am Marietta-Block

A0062/10

Fraktion DIE LINKE

WV: v. 22.04.10

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Die Ausschüsse K und FG haben den Antrag A0062/10 der Fraktion DIE LINKE zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0062/10 ein.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, empfiehlt, in dieser Frage an den Eigentümer heranzutreten und gegebenenfalls einen Vorschlag zu unterbreiten.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass der Bauleitplan eine Gestaltung des Giebels nicht zulässt und erläutert den Hintergrund dazu.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, kann die Argumentation des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann nicht nachvollziehen und bittet darum, dem Antrag A0062/10 zuzustimmen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert ebenfalls für die Annahme des Antrages A0062/10.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke bringt den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Das Abstimmungsergebnis zum GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke (mehrheitlich, bei zahlreichen Ja-Stimmen abgelehnt) wird von Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja- und 21 Neinstimmen:

Abbruch der Debatte

Persönliche Erklärung des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! gibt eine persönliche Erklärung ab. (Anlage 10)

Der Stadtrat **beschließt** mit 18 Ja- und 25 Neinstimmen:

Beschluss-Nr. 577-23(V)10

Der Antrag A0062/10 der Fraktion DIE LINKE –

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Eigentümer/Verwalter des Gebäudes im Breiten Weg, das heute an der Stelle der Marietta-Bar befindet, Kontakt aufzunehmen, um über eine etwaige künstlerische Gestaltung des Nordgiebels zu verhandeln. Denkbar wäre ein monumentales Werbebild für solche städtische Einrichtungen, wie Theater, Museum oder ZOO. Zur Abdeckung der Kosten sind Sponsoren zu finden. Insbesondere ist auch der Eigentümer des Gebäudes anzusprechen. –

wird **abgelehnt**.

7.8.	Künstlerische Gestaltung im Rahmen der Gesamtmaßnahme Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee	A0066/10
	Fraktion CDU/BfM WV: v. 27.05.10	

Die Ausschüsse StBV und K empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM, informiert, dass hierzu ein Wettbewerb stattfand, der erst noch ausgewertet werden muss. Er bittet darum, den Antrag A0066/10 **zurückzustellen**.

- 7.9. Graffiti-Wettbewerb in Kooperation mit Partnern zu stadtteilspezifischen Motiven A0067/10
 FDP-Fraktion
 WV: v. 27.05.10
-

Die Ausschüsse GeSo und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Langnickel, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0067/10 ein.

Gemäß Antrag A0067/10 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 578-23(V)10

Graffiti-Wettbewerbe, zu denen die Landeshauptstadt 2011 aufruft, sollen in enger Kooperation mit Schulen, Jugendclubs und GWA im jeweiligen Stadtteil zu stadtteilspezifischen Motiven veranstaltet werden.

Unternehmen mit städtischer Beteiligung mögen sich an der Aktion beteiligen.

8. Einwohnerfragestunde
 Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
-

Herr Stephan Stuch, wohnhaft in Heinrich-Mundlos-Ring 52 in 39124 Magdeburg

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates. Ich stehe hier als Vertreter der Anwohner des Heinrich-Mundlos-Rings. Einige meiner Nachbarn sitzen auch oben auf der Galerie. Vor nicht allzu langer Zeit haben die Ausschüsse und auch der Stadtrat einstimmig entschieden, der Aufstellung eines Bebauungsplanes zuzustimmen für die Erweiterung von T-Systems auf dem Gebiet Lübecker Straße/Insleber Straße. Unsere Frage ist jetzt: Haben sich die Mitglieder des Stadtrates bei dieser Entscheidung angesichts der Bebauungsvarianten, die uns vorgestellt worden sind, die eine massive Beeinträchtigung des Heinrich-Mundlos-Ringes darstellen in der Wohn- und Lebensqualität und eine Einschränkung der Grundstückswerte. Haben sich die Mitglieder des Stadtrates bei dieser Entscheidung die Konsequenzen für die Anwohner des Heinrich-Mundlos-Rings gut überlegt oder überhaupt mit ins Kalkül einbezogen?

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, Herr Dr. Scheidemann, erklärt, dass es sich bei der Aufstellung des Bauleitplanes zunächst um die Fläche und nicht die Anordnung der Gebäude handle. Diese werde erst im Bauleitplanverfahren diskutiert. Er schlägt vor, die Anfrage des Herrn Stuch an den Stadtrat in das Verfahren mit einzubringen. In diesem Verfahren werde dann geprüft, ob man die Kubatur der Gebäude dahingehend verändern könnte, dass die Beeinträchtigung der Anwohner in geringem Maße ausfällt.

Herr Dr. Scheidemann weist auf die Möglichkeit hin, eine gemeinsame Besprechung mit der Firma T-Systems und den betroffenen Anwohnern außerhalb des Bauleitplanverfahrens durchzuführen, um eine Einigung zu erwirken. Sollten die Interessen nicht in Einklang zu bringen sein, sei die Entscheidung Angelegenheit des Stadtrates in Form eines Abwägungsbeschlusses.

Dr. Stuch: Ich will das jetzt als Information für den Stadtrat formulieren. Es ist ja geplant, das Gelände an der Insleber Straße spiegelbildlich aufzubauen zu dem Zentrum, das in Biere aufgebaut werden soll mit 24.000 m² Fläche. Wir halten dieses Gebiet für grundsätzlich ungeeignet, um da überhaupt einen Ausbau vorzunehmen. Und vor allen Dingen die Aufforderung an den Stadtrat: Es kann unserer Auffassung nach nicht sein, dass auf der einen Seite für den Heinrich-Mundlos-Ring ein Bebauungsplan aufgestellt wird, der dieses Gebiet als Wohnfläche ausweist und auf der anderen Seite eine Erweiterung von T-Systems auf der Insleber Straße überhaupt in Erwägung zu ziehen. Das sind einfach zwei unterschiedliche Zielsetzungen. Magdeburg wirbt damit, grüne Stadt zu sein und die Attraktivität der Wohngebiete vom Zentrum ausgehend, so steht es auf der Internetseite, zu steigern und gleichzeitig, man verlässt sich darauf und zieht nicht nach Barleben oder in den Speckgürtel, sondern man bleibt in der Stadt, investiert dort und kriegt dann eventuell solche Gebäude vor die Nase gesetzt, die zu einem extremen Wertverlust der Gebäude oder Grundstücke führen.

Der Oberbürgermeister äußert Verständnis für das Bürgeranliegen. Er weist auf die Wichtigkeit der Investition durch das Unternehmen T-Systems am Standort Heinrich-Mundlos-Ring / Insleber Straße für die Stadt Magdeburg hin. Das Unternehmen müsse zwei qualitativ gleichwertige Standorte in einem Abstand von mindestens 10 km errichten. Aus diesem Grund könne kein zweiter Standort in Magdeburg gebaut werden, da dafür keine geeigneten Lokalitäten gefunden worden seien. Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass die einzige Alternative sei, dass das Unternehmen T-Systems keinen Standort in der Stadt Magdeburg errichte. Da die Investition durch T-Systems aber von hoher Bedeutung für die Landeshauptstadt Magdeburg sei, sollte dies nicht in Kauf genommen werden.

Demzufolge müsse ein Kompromiss in dieser Angelegenheit gefunden werden.

Dr. Stuch: Zweite Nachfrage, da muss ich sagen, dass meine Nachbarn und auch ich uns, wenn da entsprechend gebaut wird, vom Stadtrat verschaukelt fühlen. Weil es wird ein Wohngebiet ausgewiesen, wir bauen da und dann wird gleichzeitig eine extreme Erweiterung mit den Emissionen, Schall, Beschattung et cetera pp. am Nebengrundstück genehmigt. Da ist einfach ein Zielkonflikt in der Stadtratspolitik da. Industrieausbau, gut, sehe ich auch, dass das eine Bedeutung für die Stadt hat, ist ja völlig klar. Aber wir sehen nicht ein, dass wir das auf unseren Rücken austragen müssen.

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Boeck stellt fest, dass die Fragen von Herrn Peter Reffert, wohnhaft in 39104 Magdeburg, Jakobstraße 76 gemäß § 14 (3) der Hauptsatzung der

Landeshauptstadt Magdeburg nicht zulässig sind. Die übergebenen Fragestellungen werden durch den 1. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Boeck zur schriftlichen Beantwortung an die Verwaltung weitergeleitet.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hugo Boeck
1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

- Anlage 1 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Anlage 2 - Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 5
- Anlage 3 - Redebeitrag des Amtsleiters 66 Herrn Gebhardt zum TOP 5
- Anlage 4 - Stellungnahme der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zum TOP 5
- Anlage 5 - Stellungnahme der Fraktion CDU/BfM zum TOP 5
- Anlage 6 - Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE zum TOP 5
- Anlage 7 - Stellungnahme der FDP-Fraktion zum TOP 5
- Anlage 8 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE
Zum TOP 7.1
- Anlage 9 - Stellungnahme der FDP-Fraktion zum TOP 7.2
- Anlage 10 - Persönliche Erklärung des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zum TOP 7.7

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens
Biedermann, Ursula
Bock, Andreas
Boeck, Helga
Boeck, Hugo
Bork, Jana
Bromberg, Hans-Dieter
Budde, Andreas
Canehl, Jürgen
Giefers, Thorsten
Grünewald, Mario
Hans, Torsten
Hein, Rosemarie Dr.
Herbst, Sören Ulrich
Heynemann, Bernd
Hitzeroth, Jens
Hoffmann, Michael
Hofmann, Andrea
Kraatz, Daniel
Krause, Bernd
Kutschmann, Klaus Dr.
Langnickel, Kai
Meinecke, Karin
Meyer, Steffi
Müller, Oliver
Nordmann, Sven
Reppin, Bernd
Rogèe, Edeltraud
Rösler, Jens
Salzborn, Hubert
Schindehütte, Gunter
Schoenberner, Hilmar
Schumann, Andreas
Schumann, Carola
Schuster, Frank
Schuster, Hans-Jörg
Schwenke, Wigbert
Siedentopf, Uta
Stage, Mirko
Stern, Reinhard
Szydzick, Claudia
Theile, Frank
Tietge, Lothar
Trümper, Lutz Dr.
Wähnelt, Wolfgang
Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.
Westphal, Alfred

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.

Luther, Silke

Abwesend

Bartelmann, Gregor

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Gärtner, Matthias

Höroid, Helmut Dr.

Lischka, Burkhard

Pott, Alexander Prof.Dr.

Rohrßen, Martin

Wübbenhorst, Beate